

wie freischaffend Tätige sind gleichfalls auf der Grundlage der Pflichtversicherung in den Schutz der S. einbezogen. Die S. gewährt zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit sowie bei Mutterschaft die notwendigen Geld- und Sachleistungen sowie ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Krankenhausbehandlung, Kuren, Arzneien, Heil- und Hilfsmittel. Sie gewährt ferner Kranken-, Haus- oder Taschengeld, Schwangerschafts- und Wohngeld, Unterstützung bei Pflege erkrankter Kinder, bei vorübergehendem unverschuldetem Verlust des Arbeitsplatzes sowie Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenrenten, Pflegegelder, Blindengeld und Bestattungsbeihilfen. Insgesamt betragen die Ausgaben der S. 1971 pro Kopf der Bevölkerung 764 M (1966: 466 M). Die Organisation der S. beruht auf der unmittelbaren Teilnahme der Werktätigen an deren Verwaltung. Sie wird mit Hilfe der von den Arbeitern und Angestellten gewählten Vorstände des FDGB verwirklicht, denen die Verwaltungen der S. angegliedert sind. Zur Leitung der S. im Betrieb bestehen die Räte für S. und in jeder Gewerkschaftsgruppe ein Sozialbevollmächtigter. Bei der S. für Genossenschaftsmitglieder und selbständige Erwerbstätige bestehen Beiräte für S.

Spaltung Deutschlands: Bezeichnung für eine Reihe von Maßnahmen der imperialistischen Westmächte und reaktionärer Kräfte in den Westzonen, die in einem längeren Prozeß zur Entstehung von zwei souveränen deutschen Staaten mit gegensätzlicher Gesellschaftsordnung und dem Gebiet Westberlin auf dem vom —*■ *Potsdamer Abkommen*

1945 festgelegten Territorium Deutschlands führten. Die gemeinsamen Beschlüsse der Großmächte der — *Antihitlerkoalition*, insbesondere das Potsdamer Abkommen, ermöglichten und forderten eine koordinierte Politik der Alliierten zur Vernichtung von Faschismus, Imperialismus und Militarismus und zur Sicherung der demokratischen Umgestaltung in ganz Deutschland. In der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurden diese Beschlüsse unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei gemeinsam mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften konsequent verwirklicht. In den westlichen Besatzungszonen dagegen betrieben die imperialistischen Westmächte und Kreise des deutschen Monopolkapitals unter Mißachtung der Lebensinteressen des deutschen Volkes und unter offenem Bruch der gemeinsamen Festlegungen der Alliierten eine Politik, die das Ausscheiden Deutschlands aus dem imperialistischen Lager verhindern und die Schaffung eines einheitlichen und demokratischen Staates vereiteln sollte. Nachdem alle Versuche gescheitert waren, die imperialistischen Ziele in ganz Deutschland durchzusetzen, begannen die Kräfte der Reaktion — unterstützt durch rechte Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften — mit ihrer Politik der separaten Zusammenfassung der westlichen Besatzungszonen, die über die Bizone (1946), den bizonalen Wirtschaftsrat (1947), die Trizone und die separate Währungsreform in den Westzonen (1948) zur Konstituierung der — *Bundesrepublik Deutschland* führte (7. 9. 1949). Dieser Akt erfolgte ohne jegliche demokratische Legitimation. Der